

nachrichten

Kernkompetenz Wirtschaft?

Die Philippinen haben im vergangenen Jahr mit 6,1 Prozent das höchste Wirtschaftswachstum seit 15 Jahren erreicht. Für Arroyo, die in den USA Wirtschaft studierte, ein klarer Erfolg ihrer harten Reformen. Auch notierte der Peso Mitte Juli im Vergleich zum Dollar relativ stark. Wirtschaftliche Erfolge sind Arroyo hoch willkommen, um von ihren diversen Skandalen abzulenken. Allerdings entschied der Oberste Gerichtshof am 1. Juli, die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang 2006 sei nicht verfassungskonform. Damit ist ein zentrales Mittel zur Konsolidierung des Staatshaushalts ausgefallen. Internationale Ratingagenturen wie Standard & Poor's reagierten, auch vor dem Hintergrund der schwelenden Regierungskrise, mit einer Absenkung der Kreditwürdigkeit. Anfang September änderte der Oberste Gerichtshof sein früheres Urteil dahingehend ab, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer nun doch zulässig sei. Die im Kongress vertretene Arbeitspartei (Partido ng Manggagawa) kündigte daraufhin an, eine Million Unterschriften gegen die unpopuläre Maßnahme zu sammeln. Der 21. September solle zudem im ganzen Land ein Aktionstag gegen die Erhöhung sein.

MT 12.07.05, PDI 05.09.05

Arroyo auf dem Schleudersitz?

Im Zusammenhang mit zwei Affären haben verschiedene politische Akteure und Demonstranten auf den Strassen Manilas den Rücktritt von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo gefordert. Hintergrund ist einerseits der Vorwurf an mehrere Mitglieder von Arroyos Familie (darunter ihr Ehemann Mike), Gelder von Betreibern des verbotenen Glücksspiels Jueteng kassiert zu haben, damit sie die illegalen Geschäfte tolerierten (vgl. südostasien 2/05). Andererseits tauchten in den letzten Monaten Tonbänder auf, die nahe legen, dass Arroyos Wiederwahl zur Staatspräsidentin im Juni 2004 nicht ganz gesetzmäßig vonstattenging. Sie fragte einen Beamten der Wahlkommission unmittelbar nach der Wahl telefonisch nach Zwischenergebnissen und forderte ihn dazu auf, ihren Vorsprung nicht unter eine Million Stimmen fallen zu lassen. Die fraglichen Tonbänder wurden offensichtlich aus Geheimdienstkreisen lanciert. Wie Ende Juni bekannt wurde, hat Arroyos Ehemann Mike das Land auf unbestimmte Zeit verlassen, ein Schritt, den die streng katholische Präsidentin offiziell begrüßte: »Gott zuerst, das Land an zweiter und die Familie an dritter Stelle«.

Seit Monaten demonstrieren Gruppen verschiedener oppositioneller Couleur gegen Arroyo. Auf politischer Ebene haben viele Gegenspieler Arroyos, die sie jetzt besonders vehement angreifen, enge Verbindungen zu Ex-Präsident Estrada und dem im Dezember 2004 verstorbenen Präsidentschaftskandidaten Fernando Poe.

Kongressabgeordneter Rodante Marcoleta initiierte Ende Juni ein Amtsenthebungsverfahren gegen Arroyo. Mit der Ausarbeitung beauftragte er den Anwalt Oliver Lozano, der als Sympathisant des Ex-Diktators Marcos gilt. In der Folge wurde allerdings vermutet, der schnell und wahrscheinlich wenig sorgfältig ausgearbeitete Antrag auf Amtsenthebung sei vielmehr ein Ablenkungs- oder Schutzmanöver für Arroyo. Für diese Interpretation spricht die Tat-

sache, dass der Klageführer ihrer Parlamentsmehrheit angehört und auch, dass jährlich nur ein Amtsenthebungsverfahren zulässig ist. Da nur 39 der 239 Kongressabgeordneten das Verfahren unterstützten, wurde es zunächst für zwei Monate im Justizausschuss geparkt. Für eine schnelle Bearbeitung im Senat wäre ein Drittel der Stimmen nötig gewesen. Ende August beschloss der Justizausschuss mit der Mehrheit der Regierungsfraktion, den Antrag abzulehnen. Oppositionspolitiker boykottierten die Abstimmung und kritisierten, dass das Verfahren aus reiner Machtpolitik mit unfairen Mitteln verfrüht eingestellt worden sei. Bei Redaktionsschluss sah es so aus, als seien damit auch geänderte Fassungen des Antrags vom Tisch und das Verfahren vor seiner eigentlichen Eröffnung endgültig gescheitert. Oppositionspolitiker Mujiv Hataman sagte vor enttäuschten Anhängern: »Wenn ihr Plakate mit der Aufschrift »Gloria, tritt zurück« oder »Enthebt Gloria des Amtes« habt, werft sie weg. Sie sind jetzt zu nichts mehr gut.«

Davon unabhängig gibt es jedoch prinzipielle Faktoren, die gegen eine rasche Ablösung der Präsidentin sprechen. Dazu gehört für nicht wenige Filipinos die bisher wenig überzeugende Figur des Vizepräsidenten Noli de Castro. In den Philippinen ist es üblich, dass der Vizepräsident bis zu den nächsten regulären Wahlen die Nachfolge des scheidenden Präsidenten antritt. De Castro hatte sich zuvor als Radio- und Fernsehmoderator einen Namen gemacht. Vor diesem Hintergrund sind viele Filipinos wenig enthusiastisch, sich gegen die politischen Eliten aufzulehnen und in einem EDSA 4 einen Umsturz herauszufordern, zumal schon reihenweise zwielichtige Politiker bereitstehen, einen solchen Umsturz für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Philippine Star 30.06., 25.07., 31.08., 01.09.05, PDI 27.06., 05.08.05, CyberDyaryo 21.06.05, Bulatlat 31.08.05, World Socialist Website 22.06.05

Kampf gegen Korruption

Landwirtschaftsminister Arthur Yap gab Ende Juni seinen Rücktritt bekannt. Hintergrund war ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung. Yap galt als enger Vertrauter Arroyos und ihres Gatten. Somit war es wohl kaum ein Zufall, dass er seinen Amtsverzicht einen Tag bekannt gab, nachdem Mike Arroyo die Philippinen verlassen hatte. Yap war unter Estrada Vorsitzender einer staatlichen Handelsbehörde gewesen. Obwohl er in dieser Funktion bereits in Skandale um geschmuggelten Reis involviert war, berief Arroyo ihn in ihr Kabinett. Unter Yaps Leitung erwarb die National Food Authority auch große Mengen Dünger zu Preisen, die weit über den am Markt üblichen lagen. Bisher unbestätigten Angaben zufolge soll der Differenzbetrag in Arroyos Wahlkampf 2004 geflossen sein. Ferner ist Yap mit Carol Gaw verheiratet, der Besitzerin einer Supermarktkette, die einen wesentlichen Teil ihrer Umsätze mit Agrarprodukten macht. Das Verfahren gegen den ehemaligen Landwirtschaftsminister wurde noch von der im März ermordeten Anti-Korruptionskämpferin Marlene Garcia-Esperat in die Wege geleitet.

Bisher wurde keiner ihrer mutmaßlichen Mörder verhaftet, im Gegenteil wurde mit Tukod Ronda ein Verwandter eines Verdächtigen zum Untersuchungsführer ernannt. Er hatte Anfang Mai den Anwalt eines Verdächtigen ins Justizministerium begleitet, um eine Erklärung abzugeben. Ronda war vor Jahren bereits als Anwalt des jetzt angeklagten Osmena Montaner aufgetreten, als dieser wegen »Verleumdung« gegen Esperat geklagt hatte. Diese Vorgänge lassen es plausibel erscheinen, dass eine »unbekannte Hand« im Justizministerium ein Interesse daran hat, die Verdächtigen zu schützen.

PCIJ Blog 30.06.05, MindaNews 24.6.05

Gen-Saatgut muss nicht sein

Die Greenpeace-Regionalgruppe Südostasien hat im Juni erneut vor der Verwendung von genetisch verändertem Saatgut u.a. des Herstellers Monsanto gewarnt. Vorausgegangen waren Klagen philippinischer Bauern, dass sich ihre von Konzernvertretern geweckten Hoffnungen auf höhere Erträge und geringeren Pestizideinsatz nicht realisiert hätten. Bereits 2001 hatten Bauern in Mindanao ein Monsanto-Testfeld mit genveränderten Organismen vernichtet. Nach Aussagen von betroffenen Bauern, die versuchsweise die Maissorte »Bacillus thuringiensis« angepflanzt hatten, wa-

ren bis zu 15 Säcke Dünger pro Hektar nötig und damit Einsparungen gegenüber herkömmlichen Sorten nicht zu erreichen. Nach Greenpeace-Angaben profitieren von dem neuen Saatgut allein die Konzerne selber, die mit nicht wieder aussähbaren Sorten bewusst die Abhängigkeit der Bauern ausnutzen.

Ein Gesetzentwurf, der die Aussaat genetisch modifizierter Organismen in den Philippinen grundsätzlich verbieten könnte, steckt momentan in einem Parlamentsausschuss fest.

MindaNews 13.06., 25.08.05

Kein Schuldenerlass in Gleneagles

Im Vorfeld des G8-Gipfels in Schottland Anfang Juli hat die philippinische Administration gefordert, die Auslandsschulden des Landes zu stornieren und das Geld stattdessen in Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte investieren zu können. Präsidentin Arroyo lobte im Juni den ansatzweisen Schuldenerlass für 18 hochverschuldete Länder und mahnte eine entwicklungsfreundlichere Ausrichtung des internationalen Finanzsystems an, eine Position, die der philippinische Botschafter auch beim Treffen der G77 in Katar vertrat. Die Auslandsverschuldung des Landes beläuft sich auf rund 55 Milliarden Dollar. Die G8 zeigte, auch aufgrund

des regionalen Schwerpunkts Afrika, wenig Bereitschaft, auf diese Vorschläge einzugehen. Dessen ungeachtet besteht in den Philippinen die Hoffnung, einen Teil der Schulden als »illegitim« einstufen zu können. Das wäre etwa der Fall, wenn die zugrundeliegenden Kredite ohne Zustimmung der Bevölkerung aufgenommen wurden oder in die Taschen korrupter Eliten flossen. Das dürfte vor allem für Altlasten aus der Marcoszeit der Fall sein. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von Manuel Villar Jr. im Kongress eingebracht.

BW 18.06.05, Philippine Star 29.08.05

Kardinal Sin gestorben

Im Juni starb der Erzbischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, im Alter von 76 Jahren an den Konsequenzen von Diabetes und einer Nierenerkrankung. Tausende kamen zur Kathedrale von Manila, um Abschied von ihrem dort aufgebahrten religiösen Oberhaupt zu nehmen, das über 30 Jahre lang Erzbischof der Hauptstadt war. Zu den Trauergästen zählten Schüler katholischer Bildungseinrichtungen, die mit Bussen aus dem ganzen Land anreis-

ten, Regierungsangestellte und Bewohner Manilas, vor allem der ärmeren Bevölkerungsschichten. Sin bekam ein Staatsbegräbnis mit militärischen Ehrungen. Zahlreiche Redner lobten seine positive Rolle beim Übergang des Landes zur Demokratie. Er hatte die Umstürze Edsa 1 und 2 klar unterstützt.

PDI 23.06.05

Wahlen in Mindanao

Bei den Regionalwahlen in der Autonomen Region Muslimisches Mindanao (ARMM) am 8. August ist es nach Angaben der nicht angetretenen Moro Islamic Liberation Front (MILF) zu massiven Fälschungen durch den Zentralstaat bzw. die Wahlbehörde gekommen. Laut MILF-Chefunterhändler Mohaquer Iqbal waren in mehreren Städten die Wahlurnen schon am Vortag mit Stimmzetteln für den Wunschkandidaten der Regierung, Zaldy Ampatuan, gefüllt. Andere Wahlbeobachter wie die Coalition for Good Governance in Mindanao (CGGM) teilten die Einschätzung, es sei vor allem in den »südlichen Städten der ARMM« zu Manipulationen gekommen. So seien Wahllokale schon um 10 Uhr morgens geschlossen worden mit der Begründung, alle registrierten Wähler hätten ihre Stimme bereits abgegeben. Ein Beamter der Wahlbehörde, dessen Name auch auf den Arroyo belastenden Tonbändern genannt wurde, rechtfertigte die frühe Schließung mit dem Hinweis, es seien insgesamt nur fünf Ämter durch Ankreuzen zu wählen gewesen, deutlich weniger als bei nationalen Wahlen.

Die MILF hatte wegen administrativer Behinderungen ihrer Kandidaten schon frühzeitig angekündigt, nicht anzutreten. Die Beobachtungen zu den Manipulationen sollen in künftigen Friedensverhandlungen mit der Zentralregierung angesprochen werden. Es gab auch einige Wahlbeobachter aus USA, Kanada und europäischen Ländern, die sich jedoch nicht offiziell äußerten. Wahlfälschungen in der ARMM haben eine langjährige Geschichte, bei drei Vierteln der vor Gericht beanstandeten Wahlergebnisse handelt es sich um Wahlen in dem autonomen Gebiet.

PDI 06.08.05, Philippine Star 09.08.05, MindaNews 10.08.05

nachrichten

Die unverhoffte Föderalismusdebatte

Neben den Hinweisen auf wirtschaftliche Erfolge hat Arroyo auch eine Debatte über eine neue Verfassung ausgelöst, um von ihren Skandalen abzulenken. In ihrer vielbeachteten Ansprache zur Lage der Nation am 25. Juli trat sie für ein föderales Regierungssystem mit nur einer Parlamentskammer ein, »um dem Volk so schnell wie möglich Reformen geben zu können«. Für solche Nebelkerzen auf dem Höhepunkt der Regierungskrise erntete sie stürmischen Beifall von Kongress und Senat, die zu diesem Anlass gemeinsam tagten. Die »Bürgerinitiative für Föderalismus in den Philippinen« hat bereits einen entsprechenden Verfassungsentwurf eingebracht. Für Mindanao sind darin mit insgesamt drei Regionen neben der bestehenden ARMM keine weiteren Gebiete für die indigenen »Lumads« geplant. Traditionelle Stammesführer äußerten vorsichtige Zustimmung zu den Föderalismusplänen, sie erhoffen sich mehr und bessere Schulen in ihren Gebieten. Bei einem Treffen politischer Führer in Mindanao forderten mehrere Hundert Bürgermeister und Gouverneure eine verfassungsgebende Versammlung. Sollte es im Zusammenhang mit der Regierungskrise in Manila zu einem nicht verfassungsmäßigen Machtwechsel kommen, würden sich die einzelnen Provinzen als unabhängig erklären. Nach Angaben eines an den Gesprächen beteiligten Gouverneurs wurde zwischenzeitlich auch diskutiert, in diesem Fall eine Republik Mindanao auszurufen. *CyberDyaryo 26.07.05, MindaNews 12.07., 30.07.05*